

SGFV, Faulenstraße 9 / 15, 28195 Bremen

Auskunft erteilt

Bianca Küfe

Faulenstraße 9 / 15, 28195 Bremen
(Barrierefreier Zugang)

Tel.: +49 421 361 17078

Fax: +49 421 496 17078

E-Mail: bianca.kuefe@gesundheit.bremen.de

Internet: <https://www.gesundheit.bremen.de>

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen – bitte bei Antwort angeben
1101155/2026

Bremen, 20.07.2026

Rückmeldung zum Beschluss 051-2026-B Pflege- und Gesundheitsversorgung für Senior:innen des Beirats Hemelingen

Guten Tag Marc Liedtke,

vielen Dank für die Zusendung des Beschlusses des Beirats Hemelingen vom 04.06.2026 mit dem sich der Beirat gegen Bestrebungen zum Abbau sozialer Leistungen im Gesundheits- und Pflegebereich ausspricht.

Zu den einzelnen Themen kann ich Ihnen in Abstimmung gemeinsam mit der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration folgende Rückmeldungen zu den Bestrebungen des Senats mitteilen:

1. Den Zugang zu Gesundheitsleistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen sicherzustellen (Beschlusspunkt 1) und die kommunale Gesundheitsversorgung, Prävention und wohnortnahe Unterstützungsangebote auszubauen (Beschlusspunkt 3)

Das deutsche Gesundheitssystem hat den Anspruch, dass Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder Vermögen Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Die meisten Bürger:innen sind über die gesetzliche oder private Krankenversicherung abgesichert und erhalten die erforderlichen Gesundheitsleistungen unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Auch für Personen, die ausnahmsweise nicht krankenversichert sind, bestehen Auffangregelungen. Im Rahmen der Sozialleistungen können Hilfen zur Gesundheit gewährt werden. Unabhängig davon ist bekannt, dass die Chancen auf Gesundheit ungleich verteilt sind und bestimmte Personengruppen Schwierigkeiten beim Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Hier wird in Bremen Gesundheitsversorgung bereits seit mehreren Jahren neu gedacht: quartiersorientiert, multiprofessionell und niedrigschwellig. Es werden Angebote geschaffen, die leicht zugänglich sind und die Menschen dort erreichen wo sie leben. Ziel ist es, die gesundheitliche Chancengleichheit im Land zu fördern. Es wird kontinuierlich an der Sicherung, der Weiterentwicklung und dem Ausbau bestehender Maßnahmen gearbeitet. Gleichzeitig wird

geprüft, welche neuen innovativen Strukturen etabliert werden können, um Gesundheitsleistungen barrierefrei, wohnortnah und ohne zusätzliche bürokratische Hürden für alle Bürger:innen sicherzustellen.

Im Bereich der Versorgung von Schwangeren und jungen Familien profitiert Hemelingen vom Aufbau des Hebammenzentrums Ost und der Etablierung des Angebots Tipp Tapp. Die Gesundheitsfachkräfte an Schulen steigern die Gesundheitskompetenz von Schüler:innen auch in Hemelingen. Zudem finden Bürger:innen bei den zwei Gesundheitsfachkräften im Quartier in Hemelingen eine Anlaufstelle bei Fragen rund um die Gesundheit. Perspektivisch ist gewünscht, die verschiedenen Bausteine zur Steigerung der gesundheitlichen Chancengleichheit stärker zu integrieren, sodass ärztliche, pflegerische und therapeutische Leistungen im Stadtteil mit den niedrigschwelligen Leistungen des ÖGD ineinandergreifen.

Aktuell besteht eine Herausforderung darin, bereits etablierte Strukturen langfristig finanziell zu sichern. Bremen setzt sich deswegen immer wieder auf Landes- und Bundesebene dafür ein, die Finanzierungsgrundlagen und die Steuerung der Mittelverteilung im Bereich von Prävention und Gesundheitsförderung zu reformieren. Dies erfolgt beispielsweise durch die Aufforderung an den Bund zur Überarbeitung des Präventionsgesetzes oder auch durch einen intensiven Austausch mit der GKV im Rahmen des Strategieforums Prävention im Land Bremen.

2. Pflegebedürftige Menschen sowie ihre Angehörigen finanziell zu entlasten, etwa durch die Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege

Bremen setzt sich auf Bundesebene bereits seit Jahren vehement für einen Sockel-Spitze-Tausch in der stationären Versorgung ein. Dieser Punkt war auch als Möglichkeit im Abschlusspapier des „Zukunftspakts Pflege“ im Dezember 2025 beschrieben. Der Entwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) enthält diese Maßnahme nicht. Im Gegenteil: Es soll eine Verlängerung der Anwartschaften auf die Zuschläge nach § 43c SGB XI umgesetzt werden, was Nutzer:innen und örtliche Sozialhilfeträger zusätzliche Mittel kosten wird. Hierzu hat sich Bremen (im Übrigen wie alle Länder) deutlich kritisch in der Länderstellungnahme zum PNOG verhalten.

Auch die geplante Kürzung der Rentenversicherungspunkte bei übernommener Pflege von An- und Zugehörigen wurde seitens Bremens und aller anderen Länder stark kritisiert. Insbesondere vor dem Hintergrund des Vorrangs der häuslichen Versorgung, wirkt dieser Punkt absolut kontraproduktiv, das gewollte Ziel zu realisieren. Die Länder bemängeln insbesondere die fehlende Übernahme dieser Leistung aus Mitteln des Bundes, um die soziale Pflegeversicherung an dieser Stelle auch finanziell zu entlasten.

Aus dem Abschlusspapier des Zukunftspakts Pflege geht zudem hervor, dass zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf das Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz zusammengeführt werden sollen. Hierzu sollte in 2026 ein Referentenentwurf des BMBFSFJ vorgelegt werden. Dieser ist nicht Bestandteil des PNOG.

Um die Pflege in der Häuslichkeit und den Verbleib darin zu gewährleisten, fördert das Land Bremen die Investitionskosten für Tages- und Kurzzeitpflegen. Durch die Gewährung der Hilfen

zur Pflege werden wiederum die Bewohner:innen in Langzeitpflegeeinrichtungen unterstützt, die die Pflegekosten nicht aus Eigenmitteln finanzieren können.

3. Die Arbeitsbedingungen und die Personalausstattung in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen zu verbessern

Durch Einführung der Personalbemessung nach § 113c SGB XI zum 01.07.2023 hat der Gesetzgeber für stationäre Pflegeeinrichtungen die Personalausstattung neu geregelt. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass insbesondere Pflegeassistenzkräfte nicht in ausreichendem Maß am Arbeitsmarkt vorhanden waren und sind. Hier haben die Länder Anstrengungen unternommen, Ausbildungskapazitäten aufzubauen. Ab 2027 wird es zudem eine bundesweite Pflegeassistentenausbildung geben, die die Ländervarianten ablöst, und die Ausbildung einheitlich gestaltet.

Neben der Mehrpersonalisierung muss zwingend auch eine Organisationsanpassung stattfinden, um die Arbeitsbedingungen in stationären Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Mit mehr Personal allein ist es nicht getan. Das Personal ist je nach Qualifikationsniveau in den Einrichtungen entsprechend einzusetzen. Hierzu gibt es bereits praxistaugliche Beispiele, die flächendeckend von den Einrichtungen umgesetzt werden sollten. Hier sind die Einrichtungen selbst verantwortlich, und im Sinne der Mitarbeiter:innenbindung aktiv zu werden.

Ein weiterer Aspekt der Attraktivität des Pflegeberufs liegt ferner in der Ausgestaltung und Wahrnehmung der erlernten Kompetenzen von Pflegefachkräften. Hier ist in Zukunft darauf zu achten, das Pflege- und Gesundheitswesen so zu organisieren, dass Pflegekräfte verstärkt in die ambulante Versorgung eingebunden werden, und auch in stationären Pflegeeinrichtungen entsprechende Verordnungen ausstellen können, um die Versorgung der Bewohner:innen zielgerichtet und zeitnah sicherzustellen.

4. Sich für die nachhaltige Stärkung der Pflegeversicherung einzusetzen,

Bremen setzt sich wie beschrieben seit Jahren für eine nachhaltige Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) ein. So auch im Rahmen des Zukunftspaktes Pflege. Seitens Bremen wurden diverse Vorschläge unterbreitet, die Einnahmenseite der SPV weiter zu stärken. Hierzu zählten u.a. Vorschläge wie ein verstärkter Ausgleich zwischen SPV und privater Pflegeversicherung, die Einbeziehung weiterer Einkommensarten in die SPV, eine deutlichere Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze (auf Basis der Höhe der Rentenversicherung) oder die Abschaffung der privaten Pflegeversicherung (hin zu einer Bürgerversicherung). Da es sich um eine bundesgesetzliche Regelung handelt, können die Länder nur bedingt Einfluss auf die Ausgestaltung der Rechtsnormen des SGB XI nehmen.

Bremen wird sich im aktuellen Gesetzgebungsverfahren und auch darüber hinaus weiter dafür einsetzen, dass Ziel einer nachhaltigen Finanzierung der SPV zu erreichen.

5. Soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben älterer Menschen zu fördern

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration verfolgt das Ziel, die soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben älterer Menschen durch den Verbleib im vertrauten Wohnumfeld zu fördern, um Isolation zu vermeiden und die Lebensqualität zu sichern. Im Mittelpunkt steht der Ausbau wohnortnaher Unterstützungsangebote in der Quartiersarbeit, die auf Landes- und kommunaler Ebene durch diverse Programme gefördert und weiterentwickelt werden.

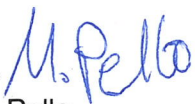
Ein zentraler Bestandteil ist die Offene Altenhilfe, die mit Seniorenbegegnungszentren, Nachbarschaftstreffs und quartiersbezogenen Projekten, wie zum Beispiel sozialen Mittagstischen, vielfältige Begegnungs-, Freizeit- und Beratungsangebote bereitstellt. Ergänzend bieten aufsuchende Dienste wie der präventive Bremer Hausbesuch für ältere Menschen individuelle Beratung zu Pflege, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe und finanziellen Hilfen, um frühzeitig Bedarfe zu erkennen und passgenaue Unterstützung zu vermitteln. Die Förderung ehrenamtlichen Engagements und Selbsthilfegruppen stärkt soziale Netzwerke älterer Menschen zusätzlich. Präventive und gesundheitsfördernde Programme zur Bewegungsförderung ergänzen das Angebot, das in enger Kooperation mit freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchengemeinden kontinuierlich an die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung Bremens angepasst wird.

Insgesamt trägt die Offene Altenhilfe als zentraler Baustein der Bremer Seniorenpolitik wesentlich dazu bei, älteren Menschen ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen und die soziale Teilhabe im Alter nachhaltig zu stärken.

Ich danke Ihnen sehr für Ihr Engagement in Hemelingen und Ihren Einsatz rund um die Thematik zur zukünftigen Ausgestaltung der Gesundheits- und Pflegeversorgung, sowie der Versorgung älterer Menschen allgemein.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag


Pello